

Audrey Podann

Der Lohn ist die Arbeit Die In-Wert Setzung weiblichen Arbeitsvermögens als emanzipatorisches Dilemma

Frauenpolitik ist *en vogue*. Insbesondere in Verbindung mit Vereinbarkeits- (also mit familienpolitischen) Debatten ist sie erstmals seit den 1980er Jahren wieder in der medialen Offensive. Die #aufschrei Kampagne, das Quotendrama unter den weiblichen CDU-Abgeordneten, die Diskussionen um die Abschmelzung oder Abschaffung des Ehegattensplittings und der beitragsfreien Versicherung von Ehepartnern und insbesondere das Thema Betreuungsgeld erhitzen die Gemüter. Das Betreuungsgeld hat es sogar in die Kernforderungen des rot-grünen Wahlkampfes geschafft: Alle (ehemaligen und absehbaren) Oppositionsparteien sind sich einig: Das Betreuungsgeld muss weg, und zwar sofort. Noch vor der dringend geforderten Quote für Frauen in Aufsichtsräten sollte die schnellstmögliche Abschaffung des Betreuungsgeldes verhandelt und besiegelt werden. Dass „Gedöns“, außerhalb sozialdemokratischer Männerzirkel auch bekannt als Familienpolitik, dann doch eher kein harter Verhandlungsfaktor ist, zeigen die anstehenden Koalitionsverhandlungen – dort taucht es nicht mehr auf.

Trotzdem stellt sich die Frage, was an dieser wenig nachgefragten finanziellen Leistung so unerträglich erscheint, dass sie auch handfeste und für viele Frauen hochrelevante Themen wie z.B. die Minijobs oder Entgeltgleichheit auf die Plätze verweist?

Werfen wir einen Blick auf die für das Betreuungsgeld verwendeten Begriffe: Die Rede ist von der *Herdprämie* (verwendet von nahezu allen, aber am beliebtesten bei den Grünen), der *Fernhalteprämie* (SPD), dem *Gluckengehalt* (TAZ) oder der *Aufzuchtprämie* (FAZ). Dabei hat es der Begriff *Herdprämie* bereits im Jahr 2007 zum Unwort des Jahres gebracht, mit der Begründung, dass er eine Diskriminierung von Frauen enthalte (Alexander 2012).

Insgesamt muss festgestellt werden, dass das Betreuungsgeld für die sich als links-progressiv verstehenden Parteien eine Bedrohung weiblicher Emanzipation darstellt: Frauen würden durch die 150€ an den Herd gebunden, entweder würden sie von der Arbeit oder aber ihre Kinder von der frühkindlichen Bildung in der Kita ferngehalten. Das Verständnis von Frauenpolitik, dass sich in dem Begriff der Herdprämie ausdrückt, zeigt, wie tief der Glaube an Emanzipation durch

Lohnarbeit inzwischen in alle parlamentarischen politischen Lager eingedrungen ist. Dass Lohnarbeit immer auch eine schiere Notwendigkeit zum Lebenserhalt arbeiten zu müssen darstellt, also eine tiefgreifende Fremdbestimmung beinhaltet oder gar als ein Zwangsverhältnis in der kapitalistischen Gesellschaft verstanden werden könnte – diese Sicht auf Arbeit ist offenbar ganz und gar verschwunden.

Arbeit, insbesondere Lohnarbeit, wird mittlerweile in der frauen- und gleichstellungspolitischen Debatte nahezu vollständig und ausschließlich als Teilhabemöglichkeit angesehen: Als Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und als Einbringen von Qualifikationen, zunehmend aber auch als Selbstverwirklichung oder als Erleben von Selbstwirksamkeit. Die Betonung der weiblichen Erwerbsarbeit ist dabei berechtigt, schließlich war der Ausschluss von Frauen aus der bezahlten Arbeit und mithin aus der öffentlichen Sphäre das zentrale Machtinstrument des alten Patriarchats. Auch heute ist das wesentliche Argument für die auszuweitende Erwerbsarbeit von Frauen, dass sie in der Lage sein müssen, sich eine eigenständige Existenz aufzubauen. Eine aktuelle Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) gemeinsam mit der Zeitschrift *Brigitte* untermauert dies mit deutlichen Zahlen: 91 Prozent der befragten jungen Frauen ist Erwerbsarbeit und das Verdienen von eigenem Geld sehr wichtig – und auch 76 Prozent der befragten Männer möchten eine finanziell unabhängige Frau an ihrer Seite, Tendenz stetig steigend. Ist dies nun endlich die emanzipatorische Trendwende in der gleichstellungspolitischen Wüste Deutschland?¹

Die Forderung nach voller und durchgängiger Berufstätigkeit von allen Frauen (denn selbstverständlich gab es schon immer weibliche Erwerbstätigkeit) und ihre politische Förderung hat zwei Hauptursachen: Eine ist der politische Kampf der Frauenbewegung um die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen in patriarchalen Gesellschaften. Der andere wesentliche Grund liegt in der kapitalistischen globalisierten Ökonomie, die die Ressource weibliche Arbeitskraft verwerten kann und will und die parallel ehemals privat bzw. familiär organisierte Reproduktionsarbeit als Dienstleistung kapitalisiert. Ein nichtintendierter Effekt dieser Entwicklung war, dass sich feministische Politikkonzepte durch ihre fortschreitende Institutionalisierung in Gleichstellungspolitik verwandelt haben, mit entscheidenden Konsequenzen für die Perspektiven weiblicher Arbeit.

Der nunmehr vorherrschende Diskurs um die Befreiung und Befähigung von Frauen durch Lohnarbeit hat im Laufe der Zeit einen zutiefst elitären Subtext

1 In Deutschland beträgt der *gender pay gap* derzeit 23%. Über 70% Prozent der Minijobberinnen sind Frauen, viele haben diese Jobs als Haupteinnahmequelle. Die Durchschnittsrenten von Frauen in Deutschland liegen derzeit bei 541€ (zum Vergleich: Männer bekommen derzeit durchschnittlich 1000€ Rente. In der Tendenz sinken männliche wie weibliche Rentensprüche rasant.)

entwickelt. Denn die moderne berufstätige Frau ist ja weder die migrantische Haushaltshilfe noch die Minijobberin an der Supermarktkasse. Es ist auch nicht die osteuropäische Altenpflegehelferin mit nicht anerkanntem heimischen Uniabschluss oder die Erzieherin nah am Niedriglohn. Die moderne berufstätige Frau ist selbstverständlich jung, fit, versiert und gebildet, sie ist karriereaffin, flexibel und kompetent in Sachen Lebenslaufmanagement und Selbstmarketing.

Die britische Autorin McRobbie hat in ihrem Buch *Top-Girls* herausgearbeitet, welche Frauen Adressatinnen moderner Gleichstellungspolitik sind: Es handelt sich um junge Frauen, die sich als postfeministisch verstehen und die empfänglich sind für gute Jobs und Angebote der Konsumindustrie, die sich freudig auf eine neue Gruppe von Kundinnen einstellt. Der Preis, der für diese Teilhabe zu entrichten ist, wird von McRobbie als *undoing feminism* verstanden: Die Integration der Frauen in die Arbeitswelt geschieht im Konsens darüber, dass die postfeministische Gesellschaft bereits etabliert ist, dass die Kämpfe um die Gleichstellung von Frauen und um ihre Befreiung aus patriarchalen Zwängen im Wesentlichen erfolgreich gewesen sind und dass radikale Kämpfe um Frauenrechte und Frauenbefreiung einen Anachronismus darstellen. Nur hässliche und erfolglose Frauen brauchen noch Feminismus. „Das Zurückweichen (emanzipatorischer) Geschlechterpolitik wird paradoxerweise durch die Verbreitung von Diskursen über weibliche Freiheit und durch den Anschein der Gleichheit abgesichert.“ (McRobbie 2010: 89)

Feministische Inhalte wie die Infragestellung von Machtasymmetrien und das Einfordern von Verteilungsgerechtigkeit sowie die Kritik an bürgerlichen Familienformen werden durch einen neuen, scheinfeministischen Diskurs ersetzt. Feminismus gilt als überwunden, feministische Kernforderungen werden als erfüllt betrachtet, weil sie nicht als Herrschaftskritik, sondern als Teilhabewunsch umgedeutet werden. Bekommen haben Frauen aber „einen aggressiven Individualismus, einen hedonistischen weiblichen Phallizismus auf dem Gebiet der Sexualität und (..) eine obsessive Beschäftigung mit der Konsumkultur“ (McRobbie 2010: 22) Durch diese Verfremdung und Umdeutung wurde der Feminismus alter Schule abgewickelt und durch das postfeministische Bild der erfolgreichen, finanziell unabhängigen und doch feminin attraktiven, für Männer immer noch begehrenswerten *Top-Girls* ersetzt. Zugleich finden zahlreiche soziale und rassistische Ausgrenzungen verschiedener Weiblichkeiten statt, die sich im Rahmen einer hyperpräsenten weiblichen Konsumkultur an diesem *rolemodel* abarbeiten, respektive sich die Zähne ausbeißen müssen. Insbesondere junge Frauen erscheinen nach McRobbie in der globalen Perspektive als Akteurinnen des sozialen und kulturellen Wandels, als individualisierte Subjekte mit einer Palette für den neoliberalen *lifestyle* nützlicher Fähigkeiten. *Women of colour*, Mütter und ältere Frauen bleiben unsichtbar – und die schicken Jobs bekommen

sie sicher nicht. Das Loblied von der Selbstverwirklichung und Befreiung durch Teilhabe am Arbeitsmarkt ist aus dieser Ecke in der Tat eher selten zu hören.

Auch die bekannte US-amerikanische feministische Theoretikerin Nancy Fraser fragt sich inzwischen, ob es nicht eine „unappetitliche, untergründige Wahlverwandschaft“ zwischen Neuer Frauenbewegung und Neoliberalismus gibt (Fraser 2009: 50). Sie fragt sich zu recht, ob es mehr als nur Zufall war, dass Ideen und Forderungen der zweiten Frauenbewegung in der neoliberalen Umgestaltung der androzentrisch geprägten Wohlfahrtsstaaten zum gesellschaftlichen Mainstream wurden. War insbesondere die feministische Kritik am „Familienlohn“, klassisch erworben durch den männlichen Familienernährer, ein Einfallstor neoliberaler Eigenverantwortungspropaganda? Die Kritik am Familienlohn gründete in der Überbewertung der Lohnarbeit im Verhältnis zu den von Frauen erbrachten Pflege- und Reproduktionsarbeiten und der symbolischen Negierung ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Bedeutung durch ihren Ausschluss aus dem gängigen Arbeitsbegriff. Damit wurde der Familienlohn zu einem zentralen Punkt feministischer Analyse und Kritik: Die Unsichtbarmachung weiblicher Arbeit in Verbindung mit einer Gesetzgebung, die Frauen das Lohnarbeiten teilweise (wie bis in die 1970er Jahre in der Bundesrepublik) nur unter Zustimmung des Ehemanns gestattete, wurde radikal zurückgewiesen. Dass die Radikalität der zweiten Frauenbewegung dabei recht wenig mit heute oftmals praktizierter Gleichstellungspolitik gemein hat, jedenfalls wenig emanzipatorisches Potenzial, hält Fraser für einen Aspekt dieser unappetitlichen Wahlverwandschaft: „Weit davon entfernt, einfach nur die volle Eingliederung der Frauen in die kapitalistische Gesellschaft als Lohnempfängerinnen zu betreiben, strebte die Neue Frauenbewegung nach einer Transformation der Tiefenstrukturen und Orientierungswerte des Systems“ (ebd.: 47) Die Frauenbewegung wollte kein Stück vom giftigen Kuchen, sie wollte einen eigenen, ganz neuen und anderen Kuchen backen. Was bekanntlich dabei heraus kam, war aber die modernisierte Norm der Doppelverdienerfamilie: „Was macht es schon, dass die hinter dem neuen Leitbild verborgene Realität in abgesenkten Entlohnungsniveaus besteht, in verminderter Arbeitsplatzsicherheit, sinkenden Lebensstandards, einem steilen Anstieg der pro Haushalt geleisteten Lohnarbeitsstunden, verschärften Doppelschichten – jetzt schon dritte oder vierte Schichten (resp. hierzulande Minijobs, A.P.) – und einer Zunahme der Zahl weiblicher Haushaltsvorstände? Der desorganisierte Kapitalismus macht aus Scheiße Gold, indem er über die neue Geschlechtergerechtigkeit fabuliert und darüber, wie herrlich weit die Frauen es doch gebracht haben.“ (ebd.: 52)

Denn – Stichwort Wahlverwandschaft – die feministische Kritik des Familienlohns verhalf dem flexibilisierten Kapitalismus unbeabsichtigt sogar zu einer kruden Form des moralischen Vorsprungs gegenüber anderen Wirtschaftsformen, da hier ja immerhin die Frauen von ihrer Abhängigkeit durch die Männer befreit

wurden (ebd.). Diese moralische Selbstgewissheit führt dann z.B. auch bei einem Peer Steinbrück – bislang nicht als großer Emanzipator bekannt geworden – dazu, in den Sondierungsgesprächen nach der Bundestagswahl mit der Union auszurasten. Dass diese am Ehegattensplitting festhalten will, obwohl das bei manchen Ehefrauen sogenannte negative Erwerbsanreize setzt, sei ein arbeitsmarktpolitischer Skandal! Umso erfreulicher ist es für die Sozialdemokratie, dass sie Seite an Seite mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kämpft. Dieses empfiehlt ebenfalls eine Reform des Ehegattensplittings, denn nur eine reine Individualbesteuerung erhöhe Erwerbsanreize deutlich. Eigene Studien könnten belegen, dass eine solche Reform zu hohen „Arbeitsangebotseffekten von Frauen“ führen würde (Bach et. al. 2011). Dass die Arbeitsgesellschaft heute Frauen nicht gerade wertschätzend behandelt und ausreichend entlohnt und absichert – tja. Das ist dann wohl ein anderes Problem, in der DIW-Studie bleibt es jedenfalls unauffindbar. Zur Sprache kommt aber der gewünschte Effekt der weiblichen Erwerbsarbeit: Die niedrigen Renten von Frauen können dieser Argumentation zufolge nur erhöht und zukunftsfest gemacht werden, wenn sie verstärkt in Vollzeit arbeiten gehen. Bei aller Notwendigkeit, die skandalöse Situation von älteren Frauen zu verbessern, stellt sich doch die Frage: Wie kann es sein, dass diese Forderung im Gewand einer gleichstellungspolitischen Debatte erhoben wird, und dass es aus feministischer Perspektive keinen bemerkenswerten Widerspruch dazu gibt? Das kann nur sein, weil inzwischen ein allzu breiter Konsens darüber herrscht, dass Gleichstellungspolitik in ihrem Kern Arbeitspolitik ist und dass eben nur die entlohnte Arbeit dazu berechtigt, als älterer Mensch einigermaßen über die Runden zu kommen – wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Das ist auch eine weitere Aufkündigung des Solidaritätsprinzips des Wohlfahrtsstaates zu Lasten von Frauen. Denn die Legitimität einer nicht eigenhändig erlohnarbeiteten Grundsicherung schwindet, wie auch die Idee, dass Frauen unabhängig von Klasse und Herkunft und unabhängig vom selbstgewählten, fremdbestimmten oder sich-halt-so-ergeben-habenden Lebensmodell einen Grund haben könnten, untereinander solidarisch zu sein.

In der zweiten Frauenbewegung gab es Strömungen, die radikal in den Blick nahmen, was heute zögerlich von Feministinnen wieder auf den Tisch gepackt wird: Die Trennung von Reproduktion und Produktion als Kern eines männlichen Arbeitsbegriffs (Federici 2012). Die Debatte um den Lohn für Hausarbeit war ein Ausdruck dieser Strömungen, der heute pervertiert höchstens noch im Elterngeld, angelegt als Lohnersatzleistung und insbesondere für Gutverdiener rentabel, aufscheint (oder eben im verhassten und lächerlich geringen Betreuungsgeld).²

2 Familienpolitische Leistungen wie Kindergeld und Elterngeld werden nicht an Bezieher_innen der Grundsicherung ausgezahlt. Demnach richtet sich monetäre Unterstützung

Die gesellschaftliche Anerkennung von Reproduktionsarbeit sollte über die monetäre Anerkennung in den Prozess der Gesamtkonomie aufgenommen und dadurch als gesellschaftlich relevant sichtbar gemacht werden – eine radikale und umstürzlerische Perspektive, deren Reaktualisierung dringend ansteht.

Der heute, auch in den linken Parteien vorherrschende, Arbeitsbegriff ist indes wieder ganz auf die (Lohn-)Arbeit beschränkt. Statt die Bedeutung von Lohnarbeit oder auch nur die Dauer des Arbeitstages einzuschränken, wird Arbeit ausgeweitet und weite Bereiche der Reproduktion nehmen zunehmend Warenform an. Altenpflege nach straffem Zeitplan, institutionelle Ganztagesbetreuung von Kindern zwischen 0 und 18, haushaltsnahe Dienstleistungen als steuerlich absetzbares Zuckerstück für das Doppelverdienerpaar (ausgeführt durch prekär arbeitende Migrantinnen in sich immer länger aufreihenden transnationalen Sorgeketten (Rauschenbach 2012) – Fürsorge wird begrifflich zur Care-Arbeit und so verdinglicht und marktförmig.³ Die Fürsorge bleibt die verachtete Kategorie des Politischen, in der hegemonial-männlichen Arbeitsgesellschaft will keiner und keine mehr für sie eintreten, außer vielleicht einige alte Männer in der Christlich Sozialen Union. Dabei ist die Abgrenzung von der Fürsorge doppelt angelegt, von rechts-konservativer Seite als Selbstverantwortung im Kontrast zur Gebundenheit und von linker Seite als Ideal der individuellen Autonomie und Selbstverwirklichung.

Die Kritik an der unappetitlichen Verquickung von Feminismus und Neoliberalismus bzw. an der Verwechslung von Frauenpolitik mit Gleichstellungspolitik und an der Verwechslung von Gleichstellungspolitik mit der *employability* von Frauen ist also nachdrücklich zu leisten. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass es sich bei den aufgezeigten Entwicklungen um ein klassisches Dilemma handelt. Denn unter bestehenden Verhältnissen und auch in der historischen Rückschau ist die Erwerbsarbeit für Frauen ein unverzichtbares Stück Befreiung. Aus der Kritik an der alles verschlingenden (Lohn-)Arbeit kann nicht abgeleitet werden, dass das bürgerliche Heim der bessere Ort für Frauen ist. Alle Erhebungen bestätigen, dass der Verzicht auf eigene Erwerbseinkünfte für die meisten Frauen ein immenses Armutsrisiko darstellt und sehr oft auch tatsächliche Armut bedeutet. Für diejenigen Frauen, die in einer „klassischen Einverdienerreihe“ leben, bedeutet der Verzicht auf eigene Einkünfte eine permanente Abhängigkeit vom Partner, der durch die Unterhaltsrechtsreform von 2008 inzwischen recht schnell ohne längerfristige finanzielle Pflichten die Beziehung verlassen kann. Dass derart verlassene Frauen kaum noch mit der Solidarität oder auch nur dem Mitgefühl

von Familien eben nicht nach der Bedürftigkeit, sondern nach dem sozialen Status der Erziehenden.

3 Zugleich wird nicht rentable staatliche Fürsorge privatisiert.

ihrer emsig arbeitenden Geschlechtsgenossinnen rechnen dürfen, zählt dabei ebenfalls zu den unappetitlichen Seiten der weiblichen Erwerbsfixierung.

Um nicht ins Essentialistische abzurutschen: Das Problem liegt nicht darin, dass Frauen den „angestammten“ Bereich der weiblichen Fürsorge verlassen müssen. Das Problem liegt darin, dass die postfeministische Emanzipation, vermittelt über die durch Lohnarbeit erwirtschaftete eigenständige Existenzsicherung von Frauen unter hegemonial-männlichen⁴ Bedingungen von statten geht. Es ist also aus feministischer Perspektive tatsächlich gut für Frauen zu arbeiten und gleichzeitig ist es wichtig, den Teilhabeangeboten einer hegemonial-männlichen Arbeitswelt skeptisch und widerständig zu begegnen. Es gibt auch für diesen Widerspruch keine Lösung, nur die Perspektive, dass Feminismus nicht nur Gleichstellungspolitik im Sinne der Gleichstellung von Frauen in einer Arbeitswelt ist, in der die Abspaltung und Geringschätzung reproduktiver Tätigkeiten ungebrochen fortgeschrieben wird. Vielmehr muss feministische Politik sich zwar formal auf Gleichstellung berufen, dabei aber im Sinne von z.B. Chantal Mouffe neue radikale Vorstellungswelten entwickeln und formulieren. Dabei sollten insbesondere benachteiligte Gruppen Instrumente an die Hand bekommen, mit deren Hilfe sie mögliche Auswege aus der privatisierten und hoffnungslos individualisierten Benachteiligung imaginieren können. Es müssen soziale Räume eröffnet werden, die es Menschen ermöglichen, ihre Lebensumstände als eine Form der Unterdrückung zu verstehen, die sie mit anderen teilen (McRobbie 2010: 81). Die Herausforderung liegt dabei darin, möglichst viele gestresste Frauen in diese Vorstellungswelten mitzunehmen und dabei nicht den Fehler zu wiederholen, Autonomie als ein androzentrisches Konzept über Vermittlung und Fürsorge anzusiedeln. Es gilt, wieder einen Kampf um Bedeutungen zu führen – dies wurde und wird in der Frage der weiblichen Erwerbsarbeit in den vergangenen 20 Jahren nicht ausreichend getan. Und so bleibt als Lohn der Gleichstellungspolitik zunächst einmal vor allem: Die Arbeit.

Literatur

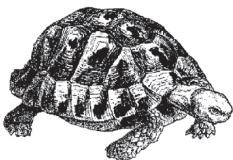
- Alexander, Robin (2012): Mütterbeschimpfung: Wie das Betreuungsgeld zur Herdprämie wurde. *Die Welt* vom 11.11.2012, www.welt.de/110883849
- Bach, Stefan/Geyer, Johannes/Haan, Peter/Whrolich, Katharina (2011): Reform des Ehegattensplittings: Nur eine reine Individualbesteuerung erhöht die Erwerbsanreize deutlich. In: *DIW Wochenbericht* Nr. 41: 13-19.

4 Nicht zu verwechseln mit männlicher Hegemonie, wie insbesondere in der Quotendiskussion oft zu beobachten. Eine im männlich-hegemonialen Habitus agierende Vorstandsfrau im Großkonzern ist noch lange kein Ausdruck von Emanzipation, sondern ein Schritt in Richtung Verteilungsgerechtigkeit.

- Fietz, Martina (2013): Schwarz-Rot im Clinch. Wie der Krach hinter verschlossenen Türen wirklich lief. *Focus online* 15.10.2013 http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-34110/schwarz-rot-oder-schwarz-gruen-der-verhandlungspoker-geht-heute-in-die-zweite-runde_aid_1129778.html
- Federici, Silvia (2012): *Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution*, Münster.
- Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 8/2009 43-54.
- Mc Robbie, Angela (2010): *Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes*, Wiesbaden.
- Wissenschaftszentrum Berlin, Pressemitteilung vom 10.9.2013: „Die jungen Frauen stehen enorm unter Druck“ <http://www.wzb.eu/de/pressemitteilung/die-jungen-frauen-stehen-enorm-unter-druck>
- Rauschenbach, Brigitte (2012): Der Wert des (sozialen) Geschlechts: Geschlechterökonomie, Geschlechterkultur, Geschlechterstruktur. In: *GenderPolitikOnline* 12/2012 http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/Der_Wert_des__sozialen__GeschlechtsGeschlechter__konomie__Geschlechterkultur__Geschlechterstruktur/rauschenbach-final-6-12.pdf?1361541189

express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Ausgabe 10/13 u.a.:

- Nadja Rakowitz: »Vom Elend und Nutzen der Schutzbefohlenen«, über ver.di und die Gruppe »Lampedusa in Hamburg«
- Thomas Gehrig & Kirsten Huckenbeck: »Im permanenten Krisenmodus«, über lohnarbeitszentrierte Sozialsysteme und soziale Infrastruktur, Teil I
- Andreas Bachmann: »No way to equal pay«, über den DGB-Tarifabschluss zur Leiharbeit
- StS: »Kein Eingriff in die Freiheit«, Tarifvertrag mit der Meyer-Werft und Bundesratsinitiative zu Werkverträgen
- Slave Cubela »Klasse gemacht!«, zum 50. Geburtstag von E.P. Thompsons »Making of the English Working Class«
- Ravi Ahuja: »Der Unterschied im Ähnlichen«, über die historischen Hintergründe akt. Arbeitskämpfe in Indien

O Probelesen! 4 aktuelle Ausgaben
zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)